

Detlef Seif

- (A) damit soll Einheitlichkeit in der Rechtsprechung sichergestellt werden.

Bei den finanziellen Verpflichtungen besteht weitgehend Einigkeit – nicht über die Summen, die überall herumgeistern, sondern über die Berechnungsmethode und darüber, um welche Positionen es letztlich geht. Eine Einigung wurde bislang aber nicht darüber erzielt, ob bei der Europäischen Investitionsbank – das ist noch ein Knackpunkt – ein Rückzahlungsanspruch besteht, der sich lediglich auf die Kapitaleinlagen bezieht, oder ob er sich auch auf die entstandene Kapitalbildung im Bereich der Rücklagen bezieht. Über diesen Knackpunkt wird man noch diskutieren müssen.

Auch bezüglich der Kosten für den Umzug der beiden Agenturen wurde noch keine Einigkeit erzielt.

Zur Situation Irlands hat ein Kommentator das Ganze wie folgt zusammengefasst: Wenn die Republik Irland vollwertiges Mitglied im EU-Binnenmarkt bleibt, es keine Zollgrenze zu Nordirland geben darf und ebenfalls keine zwischen Nordirland und dem Vereinigten Königreich, dann bleibt nur die Möglichkeit, dass das Vereinigte Königreich Mitglied im Binnenmarkt bleibt. – Das ist in der Tat die Frage nach der Quadratur des Kreises, die es zu beantworten gilt.

In der jetzigen Phase stellt sich aber doch die Frage: Ist das, was jetzt auf dem Tisch liegt – das muss nicht das endgültige Ergebnis sein –, ausreichend, um in die nächste Verhandlungsphase gehen zu können? Ich meine, man kann hier ohne Wenn und Aber feststellen: In den Verhandlungen wurde ausreichender Fortschritt erzielt. Wir können also dem Europäischen Rat empfehlen, die nächste Verhandlungsphase zu eröffnen.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Zu seiner ersten Rede erteile ich das Wort dem Kollegen Markus Töns von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Markus Töns (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten stehen für eine Weiterentwicklung der Europäischen Union. Wir stehen für ein soziales Europa. Ich glaube, man muss in dieser Debatte noch einmal betonen: Europa ist ein stetiges Projekt. Es ist ein Friedensprojekt, und es ist ein demokratisches Projekt. Das noch einmal herauszustellen, ist wichtig.

Europa ist das demokratische Projekt, an dem wir stetig weiterarbeiten müssen. Aber – auch das muss man sagen – Europa ist nicht nur die Bewältigung von Krisen und die Kritik an krummen Gurken. Europa muss mehr leisten und solidarischer werden.

(Beifall bei der SPD)

Deutschland muss hierzu seinen Beitrag leisten. Der Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat deutlich gemacht: Deutschland ist Nettogewinnerland innerhalb der Europäischen Union. (C)

(Zurufe von der AfD: Quatsch!)

Es ist wichtig, das noch einmal zu betonen. Das sollten wir endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber es gibt auch einen Konstruktionsfehler, den ich aus meiner Sicht darstellen möchte: Das ist die fehlende soziale Säule. Deshalb war das Treffen in Göteborg so wichtig, und deshalb ist an dieser Stelle zu betonen: Es ist schade, dass die Bundesregierung nicht daran teilgenommen hat; das will ich ausdrücklich hervorheben.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass die Europäische Union sich ständig weiterentwickeln muss. Stillstand ist Rückschritt. Es geht um den Mehrwert für die Menschen in Deutschland und in Europa. Es geht um soziale Sicherheit. Es geht bei diesem europäischen Gipfel übrigens nicht nur um PESCO. Es geht – das ist zum Glück von einigen Rednern betont worden – auch um den Brexit.

Beim Brexit haben wir die Situation, dass Boris Johnson und Nigel Farage gezündelt, dann Chaos hinterlassen und sich aus der Verantwortung gestohlen haben. Aber die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten müssen jetzt noch stärker als zuvor einheitlich zusammenstehen. Ich finde, das ist bisher recht gut gelungen. (D)

Die erste Phase der Verhandlungen haben wir so erfolgreich abschließen können. Es muss einen Mechanismus geben, der sicherstellt, dass sich beide Seiten an die im Austrittsabkommen getroffenen Vereinbarungen halten. Das ist ein ganz entscheidender Schritt, der hier zu gehen ist. Aus unserer Sicht wäre eine Zuständigkeit des EuGH hier die sinnvollste Lösung, und zwar für länger als die acht Jahre, die vereinbart sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu den bisherigen Fortschritten in den Verhandlungen. Themen der bisherigen Verhandlungsrunden waren unter anderem: Rechte der Bürger, finanzieller Ausgleich und Grenzziehung Nordirland/Irland. Die Kommission und die britische Regierung haben sich auf eine Berechnungsmethode für die noch ausstehenden Zahlungen geeinigt. Für die EU-Bürgerinnen und -Bürger in Großbritannien soll es Erleichterungen bei der Erlangung von Aufenthaltspapieren geben. Das alles ist gut.

In der Frage der Grenzziehung Nordirland/Irland haben beide Seiten sich geeinigt, dass der Grundsatz „Keine harte Grenze“ oberste Priorität hat. Wichtig ist in diesem Zusammenhang – das muss man betonen –, dass der Friedensprozess Nordirland/Irland nicht gefährdet wird. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Linie der Kommission an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Markus Töns

- (A) In der zweiten Phase, in der über die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen verhandelt wird, wird über ein gemischtes Abkommen verhandelt. Das ist für den Deutschen Bundestag von entscheidender Bedeutung, weil wir darüber entscheiden müssen, wie wir damit umgehen. Aber das Ausbleiben einer Regierungserklärung – das will ich an dieser Stelle betonen – ist enttäuschend.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Martin Hebner [AfD])

Es ist kein Hexenwerk, was auf dem europäischen Gipfel beredet wird. Wenn Mitgliedstaaten gemeinsam beraten, ob die Brexit-Verhandlungen in Phase zwei übergehen, ist das zu begrüßen. Wenn Mitgliedstaaten gemeinsam beraten, wie der Euro für die Zukunft krisenfest gemacht werden kann, ist das zu begrüßen. Wenn Mitgliedstaaten Möglichkeiten nutzen, die im Vertrag von Lissabon schon angelegt sind, um bei der Verteidigung stärker zusammenzuarbeiten, ist das auch zu begrüßen. Das ist kein Hexenwerk.

(Beifall bei der SPD)

Das bietet eigentlich keinen Stoff für Verschwörungstheorien; das will ich an dieser Stelle deutlich sagen. Man muss aber kein Experte sein, um zu wissen, dass hier Kräfte vertreten sind, die genau das daraus machen wollen. Fatal finde ich es schon, sich in so einer Situation der Debatte zu entziehen. Das ist, gerichtet an die Bundeskanzlerin, durchaus ein wichtiger Hinweis.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Gerade in Zeiten, in denen eine rechtsradikale Partei im Bundestag sitzt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der AfD)

wäre es wichtig und richtig gewesen, dass die Frau Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung abgibt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Weigerung ist nicht nachzuvollziehen. Aber vielleicht fehlt ihr auch eine europapolitische Perspektive.

(Zuruf von der LINKEN: Das scheint so!)

An Die Linke gerichtet sage ich: Heute präsentiert sich ausgerechnet Die Linke, die Friedenspartei, mit ihren populistischen Tönen als Totengräber des größten Friedensprojekts auf europäischem Boden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der LINKEN)

Im Ausschuss der Regionen, dem AdR, in dem ich fünf Jahre saß, habe ich erlebt, wie Linke an der Fortentwicklung der europäischen Idee gearbeitet haben. Fragen Sie doch einmal Ihre Parteikollegen, wie das möglich war! Dann lernen Sie vielleicht daraus.

Aber – ich komme zum Schluss – ich möchte nicht falsch verstanden werden: Nicht jeder Vorschlag der Kommission muss aus meiner Sicht bejubelt werden. Das tut auch die SPD nicht. Es kann aber auch nicht sein,

dass Europadebatten von Parteien dazu benutzt werden, die eigenen programmatischen Unzulänglichkeiten zu verdecken. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stattdessen müssen wir darüber diskutieren, wie Europa in Zukunft sozialer und gerechter gestaltet werden kann.

Glück auf!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Alexander Graf Lambsdorff [FDP])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, wenn Sie sich bei Ihrer nächsten Rede etwas kürzer fassen, an die vorgesehene Zeit halten und vielleicht auch Ihren Sprachgebrauch gegenüber den Kollegen anderer Fraktionen etwas überprüfen!

(Beifall bei der AfD)

Ebenfalls zur ersten Rede erteile ich jetzt das Wort dem Kollegen Martin Hebner von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Martin Hebner (AfD):

Herr Präsident, herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren! Am 23. Juni letzten Jahres durften die Bürger des Vereinigten Königreichs demokratisch über eine Schicksalsfrage ihrer Nation entscheiden. Sie haben sich mehrheitlich für den Austritt aus der Europäischen Union entschieden. (D)

Der Kollege Hardt, der vorhin gesprochen hat, hat das Ganze bezweifelt. Ich hatte irgendwie den Eindruck, er hat die Ernsthaftigkeit dieser Entscheidung infrage gestellt.

Meine Damen und Herren, diese Entscheidung ist sehr ernsthaft. Zu glauben, dass im Rahmen der Verhandlungen irgendetwas revidiert würde, ist milde ausgedrückt etwas blauäugig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Entscheidung hat weitreichende Konsequenzen: für das Land selbst, aber auch für die anderen Staaten der EU. Wie bei PESCO, der Verteidigungsunion, so ist auch bei der Ausgestaltung des Brexit die Mitsprache des Deutschen Bundestags dringend sicherzustellen. Der Bundestag entscheidet, meine Damen und Herren, und nicht nur eine Kanzlerin und die vielen Kommissare in Brüssel.

(Beifall bei der AfD)

Es kann nicht sein, dass die Merkel-Regierung – formal nur geschäftsführend – wichtige Entscheidungen trifft und vollendete Tatsachen schafft, ohne diesen Bundestag einzubeziehen.

Grundsatzentscheidungen wie zu PESCO oder zur Ausgestaltung des Brexit hat der Bundestag mitzugestalten. Wir alle hier sind die gewählten Vertreter, und wir –